



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886690

P/XIV/268 - 25. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Eine Monopolstellung für die UFA? Unübersehbare politische und kulturelle Konsequenzen Von Ulrich Lohmar, MdB	58
3 - 4	Österreichs außenpolitische Sorgen Auch in Wien läuft nicht alles "rund" Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	71
5	Offene Fragen Zum Ausgang der "Bilbao"-Affaire	29
6 - 7	Westbesucher unerwünscht Aber die CSR plant nur Ostblockreisen	59

\* \* \*  
\* \*

### Eine Monopolstellung für die UFA?

Von Ulrich Lohmar, MdB

"Nach der 'Neuen Deutschen Wochenschau' könnte man meinen, daß die Politik vorwiegend aus freundlich lächelnden Staatsmännern und Militärparaden bestehe und die übrige Welt aus Aschenbahnrennen, Modenschauen und den Affen im Zoo ... In dürren Worten: Die Wochenschau ist miserabel". Das ist das Urteil der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über diese von der UFA seit längerem verbreitete Wochenschau. Dieser Meinung ist nichts hinzuzufügen.

Aber eben die UFA will sich mit der Bundesregierung über den Ankauf der bundeseigenen "Deutschen Wochenschau" einigen, und zwar soll diese "Einigung" nicht nur zu Lasten des Steuerzahlers, sondern auch auf Kosten des guten Geschmacks erfolgen. Die "Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft" hat den Wert der "Deutschen Wochenschau" auf fünf Millionen DM veranschlagt, aber die Bundesregierung war bereit, und die UFA scheute sich nicht, einen Kaufpreis von nur 1,8 Millionen DM für beinahe die Hälfte der Anteile vorzuschlagen! Der Bundestag hat sich dazu zu Wort gemeldet, aber so wichtig eine angemessene Regelung der finanziellen Seite sein mag -, wesentlicher ist die Frage, welche politischen und kulturellen Konsequenzen die geplante Transaktion haben kann.

Der Bund hatte nach dem Kriege die "Deutsche Wochenschau" aufgebaut, um nicht lediglich Bildstreifen, die von den Besatzungsmächten gefördert wurden, auf dem Markt erscheinen zu lassen. Jetzt soll diese vom Bund gegründete Wochenschau teils aus der politischen Erwägung - so die Privatisierung zu fördern -, teils mit dem Hinweis auf die ungewisse Zukunft der Wochenschauen angesichts der Konkurrenz des Fernsehens an die UFA veräußert werden. Wie weit es in unserem Staat gekommen ist, kann man daraus ersehen, daß die UFA nicht gezögert hat, der Bundesregierung zu verstehen zu geben, der Filmkonzern werde eine neue eigene Wochenschau herausbringen, wenn der Bund nicht jetzt und zu den vorgesehenen Bedingungen einen Teilverkauf zustimme. Wie läßt sich ein solches Verhalten qualifizieren?

Nach dem Entwurf des Vertrages zwischen der Bundesregierung und der UFA soll der Bund in den fünfköpfigen Aufsichtsrat zwei Vertreter entsenden. Ein Beirat aus Parlamentariern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens soll bestehen bleiben und gelegentlich seine Meinung über die Wochenschau sagen dürfen. Er soll der UFA offensichtlich als eine Art Feigenblatt dienen, um sie gegenüber politischer oder kultureller Kritik abzuschirmen.

Der Bundestagsausschuß für Kulturpolitik und Publizistik hat sich einmütig gegen dieses Ansinnen gewandt und gefordert, daß der Beirat der geplanten neuen Wochenschau präzise festgelegte Rechte haben und vor allem auf die Besetzung der Redaktion Einfluß nehmen müsse. Wir hoffen, daß die Parlamentarier aller Fraktionen in dieser Sache festbleiben und der Bundesregierung nachdrücklich nahelegen, der UFA klarzumachen, daß das geschäftliche Risiko eines Unternehmens eine Sache ist und die Mitverantwortung gegenüber der Öffentlichkeit durch einen Beirat eine andere Sache.

Niemand will die UFA daran hindern, sich im Wochenschaugeschäft zu betätigen. Wenn sie sich aber der Mitwirkung des Parlaments und einer weiteren Öffentlichkeit versichern will, dann muß sie sich darüber klar sein, daß hier andere Maßstäbe gelten, als sie unter privaten Kaufleuten ausreichend und üblich sind. Und das Parlament sollte die Möglichkeit nicht ausschließen, seine Mitwirkung und Mitverantwortung dann zu verweigern, wenn ein sachlich vertretbares Übereinkommen nicht erzielt werden kann. Das müßte wohl auch dann geschehen, wenn die UFA in diesem Bereich der Meinungsbildung die Chance zugespielt bekäme, sich eine wirtschaftliche und damit politische und kulturelle Monopolstellung zu schaffen.

+ + +

## Österreichs außenpolitische Sorgen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Frenta

Die landläufige Vorstellung, daß ein neutrales Land keine ernsthaften außenpolitischen Sorgen hat, wird gegenwärtig von vielen Österreichern revidiert. Nicht nur, daß in der Frage Südtirols keinerlei Fortschritte erzielt wurden, haben in letzter Zeit sowohl der Westen wie der Osten das kleine Österreich getadelt.

Der frühere Innenminister Oskar Helmer hielt anlässlich der feierlichen Eröffnung des diesjährigen SPÖ-Parteitages eine Rede, in der er Rußland als "das einzige Land Europas" bezeichnete, "in dem es keine Demokratie gibt". Die Sowjets zeigten sich darob sehr verstimmt und erhoben bei der österreichischen Regierung Protest.

Der österreichische Delegierte bei der UNO, Botschafter Dr. Matsch, stimmte gegen die Aufnahme von Atombombenversuchen Frankreichs in der Sahara, worauf auch Frankreich in Österreich protestierte, wirtschaftliche Repressalien androhte und - allerdings nicht unwidersprochen - erklärte, was in der Sahara geschehe, ginge das neutrale Österreich nichts an.

Österreichs Verteidigungsminister Ferdinand Graf, in stiller Bewunderung für seinen starken bundesdeutschen Bruder seelisch gestärkt, kündigte bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten aus eigenen Stücken an, Österreich werde ab 1960 Waffenübungen für bereits ausgebildete Soldaten einführen und zu diesem Zweck in den USA neue Waffen kaufen. Zu dieser Erklärung, die im übrigen gar nicht stimmt, war er nicht berechtigt, sie bewirkte jedoch besorgte Vorstellungen von verschiedenen Seiten des In- und Auslandes bei der österreichischen Regierung.

Auf dem SPÖ-Parteitag hielt der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Vizekanzler und Verstaatlichungsminister Dr. Bruno Pittermann, eine überaus temperamentvolle Rede gegen den "Anschluß" an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der zu einer politischen Abhängigkeit und damit zum Verlust der Neutralität Österreichs führe. Über diese Rede zeigten sich vor allem maßgebliche Wirtschaftskreise der Bundesrepublik verärgert und veranlaßten ebenfalls eine Beschwerde bei der österreichischen Regierung. Aber auch die Amerikaner prangerten Österreichs "chauvinistische Wirtschaftspolitik" an und drohten mit Sanktionen in Form einer Sperre von Krediten aus dem sogenannten Counterpartfonds.

Der Frage der Teilnahme Österreichs an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa kommt aber nun tatsächlich größte Bedeutung zu. Sie stellt sich gegenwärtig in der Form: Anschluß an die EWG oder an die (kleine) Freihandelszone? Die Wogen einer heftigen Diskussion schlagen derzeit in Österreich sehr hoch, weil es hierüber keine einheitliche Auffassung gibt.

Noch auf dem 4. Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hat sich der Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung, Dr. Franz Wemschak, für eine "Assoziation Österreichs mit der EWG" ausgesprochen und hat ihre Notwendigkeit eingehend begründet. Der sozialistische Außenminister Dr. Bruno Kreisky hingegen erklärte im Parlament: "Ich hätte nicht den Mut, der Bundesregierung zu sagen, daß ein Anschluß Österreichs an die EWG nicht im Widerspruch mit den von Österreich geschlossenen Vereinbarungen stünde".

Auch der Zweite Präsident des Nationalrates und Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Franz Olah, sagte in einem kleinen Kreis von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten: "Wir haben für Österreich nicht die Freiheit angestrebt, damit sich das Land darn an einen Block anschließt".

Es hat sich in der Tat gezeigt, daß die EWG auf Grund ihrer Konstruktion zu erheblichen Souveränitätsverzichtern der angeschlossenen Länder und schließlich auch zu einer politischen Gemeinschaft führen soll. Es handelt sich hier also offenbar nicht nur um ein wirtschaftliches, sondern auch um ein politisches Bündnis, und der Beitritt Österreichs wäre demzufolge für die Sowjets ein "politischer Kriegsfall" mit schwerwiegenden Folgen.

Österreich hat sich daher in diesen Tagen der Europäischen Freihandelszone angeschlossen, der auch Großbritannien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Portugal und die Schweiz angehören. Außenminister Dr. Kreisky betrachtet es jedoch als Österreichs Aufgabe, "der erste und lauteste Rufer nach einer möglichst raschen Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EWG und der Freihandelszone zu sein", denn Österreich sei "jenes Land, welches durch seinen Beitritt zur Freihandelszone das größte Risiko eingehen, falls es zu einem Handelskrieg in Europa kommen sollte".

Offene Fragen

sp. - Der Zwischenfall mit der "Bilbao" scheint formal beigelegt zu sein. Jedenfalls wird das jetzt von offiziellen Stellen in Bonn und Paris behauptet. Trotzdem: Mindestens im Bonner Auswärtigen Amt erhält sich hartnäckig das Gerücht, der Bundeskanzler höchstpersönlich habe die von der zuständigen Abteilung des Auswärtigen Amtes redigierte Protestnote an die französische Regierung so entscheidend geändert, daß die Note schließlich keinen Protest mehr enthielt, sondern nur noch eine Anfrage und das Ersuchen um Beilegung der ganzen Angelegenheit. Entsprechende Fragen von Journalisten nach dem wörtlichen Inhalt dieser Note wurden bisher ausweichend beantwortet, woraus zu schließen sein könnte, daß die erwähnten Gerüchte zutreffen.

Wir sind die Letzten, die sich nicht freuen, wenn eine das deutsch-französische Verhältnis belastende Affaire gütlich beigelegt wird. Aber immerhin bleiben gerade bei der "Bilbao"-Affaire einige Fragen offen, auf deren Beantwortung die deutsche Öffentlichkeit einen Anspruch hat.

Es wäre erstens wichtig zu wissen, ob die Aufbringung der "Bilbao" durch die französische Kriegsmarine im Auftrag und mit Wissen der französischen Regierung erfolgte oder als eigenmächtiger Akt der Marineleitung gewertet werden muß.

Zweitens wäre zu klären, ob die falschen Informationen über die Ladung der "Bilbao", die die französische Regierung - oder die Marineleitung - aus Hamburg erhalten haben muß, von französischen Agenten stammen, die in der Bundesrepublik agieren.

"Die deutsch-französischen Beziehungen bestehen jetzt auf der Grundlage von Freundschaft und Bruderschaft", wie Staatspräsident de Gaulle kürzlich in Straßburg sagte. Nichts wäre sympathischer, als wenn im Namen dieser Freundschaft und Bruderschaft auch die letzte Klarheit in das Dunkel der "Bilbao"-Affaire gebracht werden könnte.

Westbesucher unerwünscht

(rh) Das Prager staatliche Reisebüro Cedok (für Auslandsreisen) hat jetzt seine Pläne für das nächste Jahr bekanntgegeben. Durften im Jahre 1958 rund 80.000 Bewohner der CSR ins Ausland reisen und werden es in diesem Jahre etwa 110.000 sein, so will man diese Zahl im nächsten Jahr auf 122.000 erhöhen. Man erwartet auch, daß sich im nächsten Jahr die Zahl der ausländischen Besucher der CSR weiter erhöhen wird. Besonderer Wert wurde in der letzten Zeit bei verschiedenen Anlässen darauf gelegt, daß mehr Besucher aus den westlichen Ländern kommen sollten, um sich "von Fortschritt in der heutigen CSR" zu überzeugen. Der Fremdenverkehr ist jedoch nun einmal eine gegenseitige Angelegenheit, ein Land, das erwartet, aus anderen Ländern Besucher begrüßen zu können, muß seinen Bewohnern die Möglichkeit geben, in diese Länder Reisen zu unternehmen. Diese selbstverständliche Gegenseitigkeit scheint Prag jedoch nur innerhalb des Ostblocks zu akzeptieren, soweit man dies nach dem Reiseplan des Reisebüros Cedok für das nächste Jahr beurteilen kann. Von irgendwelchen auch nur bescheidenen Besuchsfahrten nach westlichen Ländern - wie sie in den letzten Jahren wenigstens geplant, wenn auch niemals (bis auf den Besuch der Brüsseler Weltausstellung) durchgeführt wurden - wird nichts erwähnt.

Auch 1960 ist Bulgarien das Land, das die meisten Besucher aus der CSR aufnehmen wird. Ihre Zahl wird auf 30.000 erhöht und die Schwarzmeerküste im Gebiet von Warna ist das Reiseziel. Dort wird eine Zeitstadt errichtet, die von Juni bis August zum Grossteil der Jugend zur Verfügung stehen wird. Auch Fahrten durch Bulgarien sind im Anschluss an den Seebadaufenthalt diesmal geplant. Mehr Badegäste, nämlich 13.500, werden die rumänische Schwarzmeerküste besuchen und das rumänische Passagierschiff "Transylvania" wird Cedok für vier Mittelmeerfahrten zur Verfügung stehen. Bei Fahrten in die Sowjetunion sind Aufenthalte auf der Halbinsel Krim vorgesehen, die bisher für Gäste aus der CSR nicht zugänglich war. Nach China werden drei Flugreisen unternommen. Die übrigen Gesellschaftsfahrten verteilen sich wie bisher üblich auf Ungarn (Plattensee), Sowjetzone und Polen (Ostseebäder).

Bei Fernfahrten will man Liegewagen einsetzen, die vor kurzem auf den Staatsbahnen in der CSR eingeführt wurden und sich eines grossen Zuspruches erfreuen. Auch das Autocamping im Ausland soll nach den guten Erfahrungen dieses Jahres weiter gepflegt und ausgebaut werden. Der erhoffte stärkere Besuch aus dem Ausland erfährt nach Ansicht von Cedok ein Hindernis dadurch, daß es nicht genügend qualifizierte Unterkunftsöglichkeiten gibt. Darum will man sich in den nächsten Monaten beschleunigt schon deshalb kümmern, weil 1960 in der CSR die zweite Spartakiade stattfindet, die einen grossen Auslandsbesuch erwarten lässt. Man hatte bei der ersten Spartakiade sich vorgenommen, bis zur nächsten ausreichende Hotels für Ausländer zu schaffen. Dieses Vorhaben scheint aber nicht im geplanten Ausmass verwirklicht worden zu sein, sodass jetzt vor allem in Prag noch eine ganze Reihe ehemaliger Hotels geräumt und für Fremdenverkehrszwecke hergerichtet und ausgestattet werden muss.

+ + +

Werden Schuldige gedeckt

Im SPD-Pressedienst P/XIV/230 vom 10.10.1959 sind unter der Überschrift "Werden Schuldige gedeckt" aus einer anderen Zeitung übernommene Ausführungen wiedergegeben worden, die sich mit dem Ministerialrat Dr. Sporrer (Polizeiabteilung des Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen) befassen. Danach soll Dr. Sporrer Pressevertretern gegenüber geäußert haben, es säßen im Bundeskriminalamt und in der Sicherungsgruppe Bonn ehemalige SS-Größen, die in Erschießungen und andere Verbrechen verwickelt seien und um die sich niemand kümmere. Inzwischen hat uns Dr. Sporrer überzeugend erklärt, daß er die von uns zitierte Äußerung nicht getan hat und daß ihm weder Angehörige des BKA oder der Sicherungsgruppe noch irgendwelche Verbrechen von Beamten dieser Dienststellen bekannt sind. Damit entfallen auch die Schlußfolgerungen, die wir aus den vermeintlichen Äußerungen des Dr. Sporrer gezogen haben.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel